



Geht es wirklich nur um Tibet?

Zur Diskussion um den Olympia-Boycott:

Ein Kommentar von Klaus Fritsche. Der Autor ist Geschäftsführer der Asienstiftung und des Asienhauses (Essen). Er ist dort für das EU-China-Projekt zuständig. Er bereitet zur Zeit als Mitherausgeber eine Publikation zum Thema „Olympia und China“ vor, die Ende April erscheinen wird.

Die Unruhen in Tibet und die darauf folgende Reaktion der chinesischen Behörden haben zu heftigen Reaktionen – insbesondere von Seiten der EU und einiger europäischer Länder - geführt, auf die die chinesische Seite wiederum mit verschärften Reaktionen reagiert hat. Alles scheint dabei ganz einfach, die chinesische Regierung hat ihr wahres Gesicht gezeigt, der Westen tritt ein für Freiheit und Demokratie. Als probates Mittel scheint die Drohung mit einem Olympiaboycott. Die Welt scheint in Ordnung: Gut und Böse wieder am rechten Platz.

Auch meine ersten Reaktionen auf die Meldungen aus Tibet war eindeutig: die jahrzehntelange Unterdrückung wird wieder mit den altbekannten Mitteln fortgesetzt. Erneut waren friedliebende tibetische Demonstranten niedergeschlagen und getötet worden. Es dauerte einige Tage, dann kamen mir Fragen. Es scheint so gewesen zu sein, dass die Ereignisse am 10. März mit friedlichen Demonstrationen begannen, um dann nach vier Tagen in gewalttätige Aktionen von Tibetern – nicht von Chinesen – explodierten. Dabei wurden Geschäfte von Han-Chinesen und anderen Minderheiten in Brand gesteckt und geplündert. Erst danach sind die chinesischen Ordnungskräfte eingeschritten – sicherlich auch mit erheblicher Gewalt. viele Verhaftungen folgten – und was mit diesen Menschen geschieht, darüber lässt sich nur spekulieren, die Erfahrungen der Vergangenheit lassen nichts Gutes erwarten. Die Gewaltausbrüche von vor allem jungen Tibetern als Explosion des Frustes sind erklärbar - nach jahrzehntelanger chinesischer Fremdherrschaft und der damit einhergehenden kulturellen und sozialen Unterdrückung. Gebilligt werden müssen sie aber dennoch nicht.

Was erstaunlich ist: eine solche Darstellung der Ereignisse hat bisher kaum Eingang in die Medien und Politik gefunden. Auch wenn von Toten berichtet wird – unabhängig von unterschiedlichen Zahlenangaben – ist immer noch unklar, wie viele Chinesen oder Mitglieder anderer Minoritäten den Tod gefunden haben – und wie viele Tibeter.

Genauere Informationen darüber gibt es nicht, entweder sie sind nicht bekannt oder sie werden nicht berichtet. Sicher ist aber, dass chinesische Zivilisten Opfer der von Tibetern ausgehenden Gewalttätigkeiten geworden sind. Und diese Darstellung kommt nicht von den chinesischen Behörden, sondern von unabhängigen westlichen Journalisten, deren Zugang nach Tibet von allen Seiten gefordert wird.

Ob diese Darstellung vollständig ist, darüber lässt sich nur spekulieren. Um nur einige offene Fragen zu nennen: Welcher Funke hat die Explosion von Gewalt zum Ausbruch gebracht? Es gibt Berichte, nach denen sich bereits seit einem Jahr gewalttätige Auseinandersetzungen um Tibet herum stattgefunden haben. Welchen Einfluss hat das auf die Unruhen im März gehabt? Auch bleibt unklar, warum die chinesischen Sicherheitskräfte trotz massiver Präsenz in Lhasa erst nach zwei Tagen eingegriffen haben. Überraschung? Überforderung? Oder eine Falle? Viele Fragen, keine ausreichenden Antworten.

Zu erwarten wäre dabei eine Berichterstattung, die dieser Widersprüchlichkeit der Entwicklung und der damit verbundenen offenen Fragen Rechnung trägt. Und selbst, wenn der oben skizzierte Gang der Ereignisse nicht als vollständig sicher gelten kann, hätte ihm zumindest in der Berichterstattung nachgegangen werden müssen. Zu Gewaltverzicht aufzurufen, wie es der Dalai Lama getan hat, ist eine Seite. Sich ernsthaft mit den Problemen der neuen Generation der Tibeter und auch dem Schicksal der oft unfreiwillig in Tibet wohnenden Han-Chinesen auseinander zu setzen, ist die andere Seite. Zu dieser Situation haben natürlich auch die Reaktionen der chinesischen Behörden beigetragen. Statt zur Klärung dieser Fragen beizutragen, hat sie durch ihre Aktionen wie die Sperrung Tibets für die ausländische Presse und den Rückfall in kulturrevolutionäre Beschimpfungen des Dalai Lama in alte Muster zurückgefallen sind und den Eindruck nahe legten, dass es Einiges zu verbergen ist. Sie hat damit einer einseitigen Berichterstattung Vorschub geleistet.

Und auch zu den Stellungnahmen einiger Politiker, die jetzt wegen der Ereignisse einen Olympia-Boykott fordern – interessanterweise rufen dazu weder der Dalai Lama noch wichtige Menschenrechtsorganisationen auf – stellen sich Fragen. Dass es in China Menschenrechtsprobleme gibt und nationale Minderheiten – übrigens nicht nur in Tibet – benachteiligt werden, ist nichts Neues, ebenso wenig, dass die von Peking versprochene Autonomie für die Minderheiten vielfach nur auf dem Papier steht: Das war schon vor der Vergabe der Olympischen Spiele bekannt – und in der Zwischenzeit hat es z.B. in der von Muslimen bewohnten Region Xinjiang schwere Auseinandersetzungen gegeben, ohne dass der Westen seine Stimme erhoben hat.

Eines hat sich aber gegenüber 2001, dem Zeitpunkt der Vergabe der Olympischen Spiele, geändert. China hat an internationaler politischer und wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen, tritt als zunehmender Konkurrent in Erscheinung. In Deutschland haben sich die Stimmen gemehrt, die Ängste vor China schüren und eine stärkere Abgrenzung von China fordern. Eine konsistente Politik der Europäischen Union gegenüber China ist jedoch nicht vorhanden, wie z.B. die Auseinandersetzungen um das Waffenembargo oder die Weiterführung der Entwicklungshilfe an China zeigen.

Und so scheinen Einigen die gegenwärtigen Ereignisse in und um Tibet nur recht zu kommen, um China auf die Anklagebank zu setzen. Damit geht einher, dass in vielen Beiträgen von westlichen Medien und Stellungnahmen ebenfalls in alte Muster der Berichterstattung zurückgefallen wird, die den differenzierten und widersprüchlichen Entwicklungen in China nicht Rechnung tragen. Zynisch lässt sich die Frage stellen, ob das tibetische Volk und seine Forderungen jetzt zum Instrument westlicher Politik werden, mit dem ganz andere Ziele durchgesetzt werden sollen.

Das heißt aber nicht, dass wir still sein sollen, zu dem, was in Tibet und in China passiert. Wir sollen eintreten für die Unterstützung des tibetischen Volkes für Autonomie, den Zugang ausländischer Beobachter – nicht nur in das Land -, sondern auch zu den zu erwartenden Prozessen. Wir sollen dafür Sorge tragen, dass über die Lebenssituation der Tibeter eine dauerhafte Aufklärung erfolgt, die negativen Folgen der chinesischen Nationalitätenpolitik kritisieren und uns mit unseren chinesischen Partnern darüber auseinandersetzen. Ein Ansatz könnten die Gedanken sein, die 30 chinesische Künstler und Schriftsteller am 22. März in Beijing veröffentlicht haben.

Um ernst genommen zu werden, ist es aber auch notwendig, dass wir die Trauer über die Opfer unter der chinesisch-stämmigen Bevölkerung ernst nehmen.